

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Die Abholung von neuen Bestellungen bei Zustellung im Haus durch andere Ausläufer ist
bei Gesamtauftrag auf dem Grunde außerdem kostenlos, durch die Post 120 984, außer 42 Pf.
Schilling. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
Kreditt für einzelne Exemplare ist nur mit bankmäßiger Quittungsmache gestattet.
Für Rücksende unversandter Exemplare übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marknotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Beilage oder deren Raum für Übersetzung und andere
Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen 25 Pf., umschloßene pro Zeile
20 Pf., im Restmonat 40 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechender Aufschlag.
Geld für Übersetzungen nach Berechnung. Für Nachdruck und Offensivanzeigen
besondere Berechnung, nach Anweisung mit Voranschlag. Erfüllungsort: Merseburg.
— Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis 10 Uhr, Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 6.

Dienstag den 9. Januar 1912.

38. Jahrg.

Die Autorität der Regierung

Die Minister dekretieren, aber die Landräte regieren. So ist es in Preußen der Brauch. Man kann auch bei der jetzigen Wahlbewegung wieder sehen, wie wenig das Wort des Ministers an den nachgeordneten Verwaltungsstellen gilt, wenn die ministerielle Anordnung darauf aussetzt, durch sinnige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen eine wirklich freie und ungehinderte Wahl zu bewerkstelligen. Da hält es mancher Landrat absolut nicht für seine Pflicht, die Befehle des Ministers strikte zu erfüllen, sondern er fühlt sich als der politische Beauftragte der konservativen Partei und legt es nach Möglichkeit darauf an, den Wahlvorgang so zu gestalten, daß er sich im Interesse der konservativen Partei vollzieht.

Am 9. November hat der Minister des Innern bekanntlich eine Verfügung an die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten erlassen, in der über die Abgrenzung der Wahlbezirke, über die Gestalt der Wahlurnen usw. Anweisungen enthalten waren, die dem Sinne des Gesetzes entsprachen. Es wäre ja freilich viel besser gewesen, wenn hinsichtlich der Wahlurnen eine gesetzliche Bestimmung geschaffen worden wäre, wonach die einzelnen Gemeinden antike Wahlurnen geliefert würden. Jetzt bleibt den Gemeinde- und Ortsvorständen die Anschaffung der Wahlurnen überlassen, und noch so wohlgemeinte Anweisungen werden es nicht zu verhindern vermögen, daß nach wie vor Wahlurnen gebraucht werden, die das Wahlgeheimnis nicht völlig garantieren. Immerhin muß anerkannt werden, daß die Vorschriften des Ministers zur Vermeidung ungeeigneter Wahlurnen an sich klar und zweifellos waren. Und die Regierungspräsidenten haben die Anweisungen denn auch weitergegeben, und die Herren Landräte mußten sie in ihren Amtsblättern veröffentlichen. Erst der 12. Januar wird ja nun zeigen, ob nach der Anordnung von oben nur Wahlgeschäfte von genügender Größe und von Verschleißbarkeit verwendet worden sind oder ob doch wieder die berühmten Suppenteller und Zigarrenständer auf der Bildfläche erschienen, um die geheime Wahl illusorisch zu machen. Wir fürchten, die Akten der Wahlprüfungskommission des nächsten Reichstages werden ein Lied darüber zu singen haben, in welchem Umfange die ministeriellen Anweisungen — nicht befolgt worden sind.

Kraße Verletzungen der Vorschriften des Ministers liegen aber schon jetzt hinsichtlich der Abgrenzung der Wahlbezirke vor. Ausdrücklich heißt es in der Verfügung des Herrn v. Dallwitz: „Um den wiederholten im Reichstag erhobenen Klagen über die Bildung zu kleiner Wahlbezirke entgegenzutreten, ist darauf Bedacht zu nehmen, die Bildung solcher Wahlbezirke zu vermeiden, in denen die geringe Zahl der Wähler die Geheimhaltung der Wahl gefährdet.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „Bei den zu treffenden Anordnungen bleibt jedoch zu beachten, daß die zu einem Wahlbezirk zu vereinigenden Ortschaften usw. benachbart und so gelegen sind, daß nicht etwa für die einzelnen Wähler die Zurücklegung zu großer Entfernungen zum Wahllokal erforderlich und dadurch eine Erschwerung der Ausübung des Wahlrechts, zumal im Winter, verursacht wird.“ — Gegen beide Anweisungen des Ministers ist in einer Reihe von Wahlkreisen ganz offenkundig verstoßen worden. Wiederholt wurde über die Verbeibaltung und sogar Vermehrung der außerordentlich kleinen Wahlbezirke geklagt, ohne daß von Seiten der Landräte eine Abhilfe erfolgt ist. So ist im Wahlkreise Lyd seit der Erstwahl von 1910 eine Vermehrung der Wahlbezirke von 85 auf 132 erfolgt, so daß eine ganze Reihe minimaler Wahlbezirke vorhanden ist, deren Existenz naturgemäß die geheime Wahl aufs höchste gefährdet. Auf der anderen Seite hat man größere Ortschaften, deren fiskalen Charakter man kannte, mit weitentlegenen Gutsbezirken aufammengelegt zu dem offenbaren Zweck, den

Leuten das Wählen zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen.

Die konservativ-landrätliche Einfindungsgabe hinsichtlich der Herbeiführung „guter Wahlen“ hat aber auch auf andere Gebiete übergriffen. In einem früher nicht gekannten Umfange hat man Ministerpräsidenten und Amtsvorsteher zu Wahlvorstehern ernannt und ihre Privaträume als Wahllokal bestimmt. Auch hierdurch wird natürlich dem unabhängigen Wähler auf dem platten Lande die Abgabe eines oppositionellen Stimmzettels wesentlich erschwert. In der Verfügung des Ministers ist keine Anweisung enthalten, die diesem Umfange steuert. Es ist ja allerdings auch dem Minister nicht zu verlangen, daß er alle die Schlechthwege kennt und vorher verlegt, die sich die konservativen Wahlstrategen ausdenken könnten.

Gravestru zu wie eine Verhöhnung, des ministeriellen Erlasses klingt es, wenn der Regierungspräsident zu Allenstein auf eine Beschwerde wegen der Vermehrung der Wahlbezirke in Lyd der nationalliberalen Parteizentrale geantwortet hat, die Wahlbezirkseinteilung daselbst laufe den Direktiven des Herrn Ministers nicht zuwider, da die Geheimhaltung der Wahl eine zu geringe Zahl der Wähler nicht gefährdet erscheinen. Die ministerielle Verfügung hatte, wie wir oben gesehen haben, genau das Gegenteil gesagt!

Die Konservativen sind es, die sich nicht genug tun können in der Betonung der Notwendigkeit der Regierungsaufsicht. Hier aber sehen wir, daß sie auf die Autorität der Regierung prüfen, wenn ihnen deren Maßnahmen nicht in der Form passen. An der Handhabung des Reichsverordnungsrechtes haben wir ja schon erlebt, wie zu Recht bestehende Gesetze oftmals von den Verwaltungsbehörden falsch angewandt und ausgelegt werden, wenn es gilt, den oppositionellen Parteien ein Schnippen zu schlagen. Es ist charakteristisch, daß die preussische Regierung, die doch sonst ihre Autorität hoch einschätzen weiß, sich diese Mißachtung ihrer Anordnungen durch die nachgeordneten Behörden ruhig gefallen läßt. Hier findet eine Erschütterung der Staatsautorität statt, die auch dem liberalen Standpunkt aus aufs lebhafteste zu bedauern ist. Wenn das Ministerium nicht die strengsten Strafen verhängt über diejenigen Beamten, die bewußt oder fahrlässig den Intentionen des Ministers und dem Sinne der Gesetze zuwiderhandeln, dann wird der unerträglich Zustand eben weiter dauern, daß viele Landräte Politik auf eigene Faust machen und sich um die Weisungen des Ministers nicht kümmern, wenn es gegen die Liberalen geht. Minister, werde hart gegen den Landrat! — So möchte man ausrufen angesichts der Vorkommnisse, die wir in dieser Wahlkampagne erlebt haben.

Die Wahlparole des Kanzlers.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in einer ihrer letzten Nummern endlich ein Wort der Kritik an der Wahlparole des Kanzlers gefunden. Sie vermißt in ihr eine Darlegung dessen, was „Deutschland der bisherigen Wirtschaftspolitik verdankt“, und ebenso einen Hinweis darauf, daß ein Reichstag, in dem die radikalen Parteien stärker vertreten sind als bisher, in der Frage des Schutzes der nationalen Arbeit nicht mehr als zuverlässig gelten könne. Mit anderen Worten: der Kanzler hätte die eine der drei Stichwahlbedingungen Heidebrandts (läckenloser Zolltarif oder mindestens in der Abwägung der „Konk. Korr.“) auch als Regierungsemeinung vertreten sollen. Aber auch die Sammlungsparole gegen die Sozialdemokratie mißfällt dem Agrarierorgan, weil sie zu allgemein gehalten ist. Herr v. Bethmann-Hollweg hätte sagen müssen, wodurch die Regierung die „endliche Überwindung“ der Sozialdemokratie zu erreichen gedenke; denn dieses Ziel könnte doch kaum durch den Stimmzettel und die Sozialpolitik allein erreicht werden. Mit anderen Worten: der Kanzler hätte sich auch auf

die andere Stichwahlbedingung, Ausnahme-gesetze gegen die Sozialdemokratie, legen sollen. Recht weh tut der „Deutsche Tagesztg.“ auch der nächstern Ton der Regierungserklärung. Sie schreibt:

„Die Massen des Volkes, auch in seinen gebildeten Schichten, können in ihrem politischen Tun nur entscheidend beeinflußt werden durch unmittelbar paßende Worte und Taten, durch greifbare Ziele, durch eine jeden Zweifel ausschließende klare Stellungnahme und durch die Befundung eines entschlossenen Willens. Verlangt schon in ruhigen Zeiten in der Politik oft genug die wachsende Überlegung, so noch viel mehr in Kampfszeiten, wo die jetzige es ist. Da regieren die Leidenschaften da drängen die dunklen Instinkte zur Oberfläche! Wer in solchen Zeiten die Führung des Volkes übernehmen will, der muß ein Wort des nationalen Banner scharen will, der gebraucht dazu Worte von Mark und Klang, die die Herz n entzünden und Begeisterung und Willen lenken. Ob die Kundgebung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dieser Notwendigkeit genügt, muß leider mehr als zweifelhaft bleiben!“

Der Reichskanzler kann sich allerdings damit trösten, daß es noch keinem Kanzler gelungen ist, die kümmerlichen Axtaxen zufriedenzustellen. Aber wir gönnten ihm durchaus diesen Unlank. Er versichert immer, über den Parteien zu stehen, und hat sich doch Schritt für Schritt immer mehr dazu hindrängen lassen, zugunsten der Konservativen in den Wahlkampf einzugreifen.

Die Sozialdemokratie — Die größte Kriegsgefahr!

Die Sozialdemokratie kann sich nicht genug tun in der selbstgefälligen Lobpreisung ihrer Friedensliebe. Sie hält sich für die Kulturpartei schlechthin, die bereit ist, der Menschheit endlich die Schrecken des Krieges zu nehmen und den ewigen Frieden zu besichern. Wir sehen hier ganz davon ab, daß der Gedanke eben zu schön ist, um jemals verwirklicht werden zu können, und wollen auch unbedürftlich lassen, daß die größten und folgerichtigsten Denker bei allen Völkern und zu allen Zeiten den ewigen Frieden als eine Utopie bezeichnen, und daß keiner von ihnen die idealen und kulturfördernden Momente leugnet, die der Krieg neben seinen Schrecken in seinem Mantel trägt. Bleiben wir bei der Gegenwart und bei der Sorge der Sozialdemokratie um den Frieden. Wer Frieden ernten will, muß Frieden säen. Das dürfte eine zu seltsame Forderung der Vorbedingung für den erhofften Erfolg sein. Hat das die Sozialdemokratie? Ist sie wie mehr nicht immer die Partei gewesen, die den verhängnisvollsten Kampf, die schürfe Feindschäpfung in das eigene Volk getragen hat? Diese selbe Partei, die nur von Haß und Kampf lebt, will jetzt die Friedensschirmrin spielen? Revolutionen und Kriege, mögen sie unmittelbar von der Partei nicht ausgehen, mittelbar sind sie alle und überall die Frucht der verheerenden sozialdemokratischen Uherei. Und gehören Sabotage und Streit nicht mit hieher? Mit Entsetzen wird von jeder Seite immer geschludert, wie barbarisch es wäre, unwürdig eines Kulturvolkes, wenn sich Menschen, die einander nie gesehen haben, im Kriege gegenseitig zu töten versuchen. Eigentlich sollte dieser Vorwurf gerade heute im Zeitalter der allgemeinen Organisation keinen Kurswert mehr besitzen. Wir haben uns doch längst gewöhnt, im wirtschaftlichen Kampfe nicht mehr den Einzelnen anzusehen und zu bekämpfen, sondern die Organisation. Wenn jetzt die großen Trümpfe miteinander ringen, wirtschaftliche Kämpfe auf Tod und Leben ausbrechen, dann hilft jeder, der dem einen Trümpf anhängt — bis zu dem letzten Laufburche in seinem Betriebe — an der Griffsverrichtung familiärer Mitglieder des anderen Trümpfs mit, die er auch noch nie gesehen hat noch sieht. Und wenn heute die Nichtertrags durchgeföhrt werden, wer fragt

Reichstagskandidat der vereinigten Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt ist

Gutsbesitzer William Koch-Unterfarnstedt

dem danach, ob uns des Gesamerterfolges willen so und so viele Einzelheiten zugrunde gehen? Und schließlich die Arbeit gemäss in der Sozialdemokratie: Terrorismus und Boykott, — stehen die viel höher als gemeiner, hinterlistiger Überfall und Totschlag? Und nun gar die Art und Weise, in der die Sozialdemokratie für ihre Friedensidee wirbt. Sie ist wahrhaftig außerordentlich friedsam! Ihre Friedensbotschaften stiegen von den höchsten und niedrigsten Ansehlichen und Ansehlichen aller, die anderer Meinung sind. Nur die econdlichsten und verworfensten Motive bekämpfen die anderen. Wozu die blutdürstigen Tränen von der elckasten Profingier des Kapitalismus wiederholen, der mit dem Blute der Arbeiterklaven die Feder dängen will, aus denen er die Willkür für sein Proffertum erntet? Diese Heereien sind ja bekannt, wenn auch leider noch immer nicht bekannt genug. Sonst wäre der wahre Charakter der Sozialdemokratie noch mehr offibar geworden und solche Tauschspielerlustfälle, wie sie jetzt die Partei und ihre Kandidaten beliben, würden ohne weiteres mit Hohnlachen abgetan.

Wer mit so untreuen Händen kommt, soll nicht den Hohenprieiter am Altar der edelsten Kultur spielen wollen. Eine Sturmruhr der Verwüstung führt nicht zum ewigen Frieden. Hier wie überall bei der Sozialdemokratie: leere, aufblasende Phrasen, Wortersprechungen, die zu den Handlungen der Partei im krafftesten Widerspruch stehen.

Leider kann man das Geschwätz nicht als solches abtun. Die schätzbaren Friedenssticker: ge: der Sozialdemokratie sind in Wirklichkeit die größten Friedensgefährden. Und zwar deshalb, weil zum Friedenshalten genau so zwei Partner gehören wie zum Kriegführen. Das ist das Wesentliche, das ist das Ausschlaggebende. Köme es nur auf uns an, gut, so lässe sich sehr bald die Sache ordnen. Wenn uns garantiert wäre, daß man uns nicht bedroht, wir wären Toren, wenn wir an Krieg dächten. Die Unterstellung, als ob bei uns jemand aus Profingier oder sonstigen persönlichen Anreiz zum Kriege dränge und ihn herbeiwünsche, ist eine jener passiven sozialdemokratischen Verdächtigungen, mit denen sie ihre so beliebten „sachlichen“ Kämpfe führt. Aber, daß da draußen zwei Mächte auf der Lauer liegen, um über uns herzufallen, um uns niederzuringen, das kann doch heute auch der gutgläubigste Friedensschwärmer nicht mehr leugnen. Und gerade am nächsten ist die Lage vielleicht ernstest denn je. Wer Englands Geschichte kennt, weiß, daß das englische Volk noch nie ein Ziel, das es einmal im Auge gefaht hat, wieder aufgab. Und von moralischen Gewissenbedenken ist diese egoistisch-energieche Nation völlig frei. Warum aber England uns vernichten will, das sollte doch heute auch jeder geringe Arbeiter wissen. Nicht aus Ehrgeiz, aus nationaler Eitelkeit oder sonstigen egoistischen Empfindungen, sondern weil es den wirtschaftlichen Konkurrenten zu Boden ringen will. Um unsere wirtschaftliche Existenz geht es, ihr deutschen Arbeiter. Ein Lebenskampf, in dem ihr vergebens die internationale Verbrüderung der englischen Gemassen anrufen werdet. Die wissen ganz genau: ihr Brot und Lebensunterhalt gibt ihnen nicht die proletarische internationale, sondern die nationale Industrie, die nationale Volkswirtschaft. Wer es wirklich ehrlich mit den deutschen Arbeitern meint, der muß sie darüber aufklären, daß es ganz besonders ihre Existenz ist, gegen die der englische Vernichtungswunsch sich richtet. England und Frankreich lauern nur auf den richtigen Augenblick zum Loschlagen. Wann aber wird ihnen das gekommen scheinen? Wenn Deutschland innerlich schwach, kriegsunfähig, zerplittert erscheint. Bekämen wir einen Reichstag, in dem überwiegend Sozialdemokraten säßen, dann wäre unseren Feinden der richtige Augenblick erschienen. Sie müßten dann, was sie in diesen Bestärkern des Massenstreiks, den Leugnern jedes nationalen Volksbewußtseins, so erfassen könnten. Dann würden die falschen Friedensapostel den Krieg über uns her loden. Dann würden die um ihr Brot gebrauchten Arbeiter zu spät erkennen, daß auch die Friedensworte der sozialdemokratischen Führer nur das rücksichtsloseste Parteiinteresse verfolgen, daß aber jede nationale Lebensfrage ihnen gleichgültig ist. Ihr deutschen Arbeiter, eure Sache gilt es in einem künftigen Kriege — jeder, der einen Sozialdemokraten wählt, fördert die ohnehin so drohende Gefahr, daß England und Frankreich sich verständigen, um uns zu überfallen. So kann man mit Recht sagen: Die Sozialdemokratie ist die größte Kriegsgefahr! (Mag. Ztg.)

Der Reichstanzler hält sich für neutral.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht in der Sonntagsnummer abermals eine Rundgebung des Kanzlers, in der behauptet wird, „es war nicht unsere Aufgabe, für oder wider diese oder jene bürgerliche Partei Stellung zu nehmen“. Nun die Wahlparole, die die „Nordd. Allg. Ztg.“ unmittelbar nach Stettiner ausgab, ist allgemein als die Erfüllung konservativer Wünsche aufgeführt worden. Daß andererseits die Agrarier und Konservativen mit der Sammlungparole des Kanzlers nicht zufrieden sind, hat nur darin seinen Grund, daß Herr v. Bethmann Hollweg ihnen zu wenig gibt. Die neueste Rundgebung lautet wörtlich:

In die kommende Woche fällt der Termin für die Hauptwahl zum Reichstag. Wir haben dargelegt, welche Grundzüge bei der Wahl für jeden staatsbürgerlichen Mann maßgebend sein sollten. Es war nicht unsere Aufgabe, für oder wider diese oder jene bürgerliche Partei Stellung zu nehmen. Vorant es ankam, war, den Willen vom Saker der Parteien hinweg auf die großen Aufgaben des kommenden Reichstages zu lenken und darauf hinzuwirken, wie sich die Sozialdemokratie zu diesen Aufgaben stellt. Ist die sozialdemokratische Partei gelegentlich auch einmal aus ihrer beständigen Negation herausgetreten, so hat sie doch bei den großen Werken unserer Gesetzgebung zum Schutze der nationalen Arbeit wie zum inneren Nutzen des Reiches stets in mehr oder weniger erbeiteter Opposition gestanden. Vollaufs hat sie bei allen Aufgaben zur Sicherung der Wehrhaftigkeit unseres Vaterlandes, für die auch der kommende Reichstag, und wahrcheinlich schon bald, einzutreten haben wird, vollständig verlag. Verhängnisvoll wäre es für die Entwicklung des Reiches, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer staatsfeindlichen Verneinung in diesen grundlegenden Fragen jemals eine ansichlaggebende Stellung erlangen könnte. Wie also auch im übrigen die Gegenstände unter den bürgerlichen Parteien zum Ausdruck kommen mögen, so bleibt doch das eine bestehen: Weder in der Hauptwahl noch in der Stichwahl kann ein in enger Zeit um die Zukunft des Vaterlandes besorgter Mann seine Stimme einem Sozialdemokraten geben.

Nunmer noch sieht der Kanzler den einzigen Feind in der Sozialdemokratie, während des Bürgertum die schwarz-blaue Mehrheit als den Feind ansieht, der zunächst zu überwinden ist. Der Schlüssel wird aber die Agrarkonservativen sehr wenig gefallen. Er ist direkt gegen die konservative Stichwahlparole gerichtet.

Der Stichwahltermin für die Reichstagswahlen.

In der Presse wird gegenwärtig die Frage erörtert, welcher Termin voraussichtlich für die Stichwahlen von der Reichsregierung festgelegt werden dürfte. Diese Erörterungen gehen von falschen Voraussetzungen aus, denn gesetzlich steht der Reichsregierung die Bestimmung des Stichwahltermins überhaupt nicht zu. Es kommen in dieser Beziehung folgende gesetzliche Vorschriften in Betracht: Am 4. Tage nach dem Termin der Hauptwahlen hat jeder Wahlkommissar eine Anzahl Wähler aus dem Wahlkreis, deren Zahl zwischen 6 und 12 schwanken kann, und ein unmittelbares Staatsamt nicht befehlen dürfen, einzufordern, und das Wahlergebnis amtlich festzustellen. Hierzu ist ein Protokollführer hinzuzuziehen, der Wähler sein muß, und der Beamter sein darf. Alle Beteiligten werden von dem Wahlkommissar durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet. Es werden nun die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Wahlbezirken durchgesehen, die Resultate zusammengestellt und durch die zu amtlichen Publikationen dienenden Blätter bekannt gemacht. Hat sich eine absolute Stimmenmehrheit für einen Kandidaten herausgestellt, so hat der Wahlkommissar die Vornahme einer engeren Wahl zu veranlassen, deren Termin von ihm festgelegt wird.

Sie raus geht also hervor, daß der Wahlkommissar selbständig befugt ist, den Stichwahltermin für seinen Wahlkreis festzusetzen. Er ist in dieser Beziehung an die Bestimmung gebunden, daß die engere Wahl spätestens 14 Tage nach der Ermittlung des Ergebnisses der ersten Wahl stattfinden muß. Nach diesen Bestimmungen ist es also nicht einmal nötig, daß die Stichwahlen innerhalb eines Bundesstaates an demselben Tage abgehalten werden. Trotzdem ist bisher stets ein einheitlicher Termin für die Stichwahlen festgelegt worden, was dadurch erreicht wurde, daß die Bundesregierungen den Wahlkommissaren einen gemeinsamen Tag in Vorschlag brachten. Wenn aber auch innerhalb des ganzen Reichsgebiets der gleiche Termin für die Nachwahlen bisher festgelegt ist, so beruht dies lediglich auf einer freien Vereinbarung zwischen den Bundesregierungen, die jedoch für keine bindend ist. Ob für die in diesem Monat stattfindenden Reichstagsstichwahlen ebenfalls ein gemeinsamer Termin für alle Bundesstaaten vereinbart wird, steht noch dahin. Jedenfalls darf man annehmen, daß es der Wunsch der Reichsregierung ist, für die Stichwahlen keinen zu späten Termin festgelegt zu haben, damit eine möglichst frühzeitige Einberufung des Reichstages stattfinden kann, dessen Zeit für die Staatsberatungen ohnehin schon äußerst knapp bemessen ist.

Die Reichstagskandidaten der fortschrittlichen Volkspartei.

Nach der letzten Zusammenstellung, die nur noch unwesentlich durch einige Rückkandidaturen beeinflusst werden wird, hat die fortschrittliche Volkspartei in 178 Wahlkreisen 170 Kandidaten aufgestellt. Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, aus welchen Berufsgruppen diese 170 Kandidaten entnommen worden sind. Es haben an Kandidaten gestellt:

Landwirte	14
Arbeiter	18
Handwerk und Gewerbe	40
Kaufleute und Großhändler	38
Verkehrsbeamte u. Verkehrsbeamte	9
Schriftsteller und Redakteure	9
Ärzte	3
Baukäre	9
Rechtsanwälte	32
Höher	4
Lehrer	37
Höhere Lehrberufe	11

Hochschulprofessoren	5
Beamte der Selbstverwaltung	8
Mittlere Verwaltungsbeamte	5
Beamte a. D.	4

Von den 14 Landwirten sind 6 Gutsbesitzer, 3 Rittergutsbesitzer und 1 Bäcker, die übrigen 4 nennen sich einfach Landwirte. Diese Kandidaten dürften beweisen, daß es mit der fortschrittlichen Volkspartei nicht die fortschrittliche Volkspartei ist, die sich für die Landwirtschaft, nicht ist, und daß sich in den Anschauungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein Umbruch vollzieht, der eine Abkehr von der Politik des Bundes der Landwirte bedeutet. Unter den 18 Vertretern von Handwerk und Gewerbe befinden sich 1 Klempnermeister, 1 Handschuhmacher, 3 Malermeister, 1 Krawattenmacher, 1 Konditor, 1 Gärtner, 1 Buchbinder, 2 Gastwirte und 2 Fleischermeister. Damit ist auch das konservative Märchen von der Feindschaft der fortschrittlichen Volkspartei gegen Handwerk und den gewerblichen Mittelstand gründlich widerlegt. Man vergleiche damit insbesondere, daß unter den 140 aufgestellten Parteikandidaten 110 Großgrundbesitzer, aber nur 6 Vertreter des Mittelstandes und des gewerblichen Mittelstandes sich befinden. Die 9 Kandidaten aus den Reihen der Geistlichen zeigen, daß die fortschrittliche Volkspartei auch nicht religionsfeindlich ist, wie immer behauptet wird, wenn diese Kandidaten auch als kirchlich liberalen Boden stehen dürften, was im Interesse der wahren Religiosität nur zu begrüßen ist. Die Namen der Lehrer sind hier nicht aufgeführt, aus den Reformbestrebungen im Bildungswesen und aus dem Wunsche nach einer anderen Wirtschaftspolitik, da die heutige die „reinen Konsumenten“ am meisten schädigt. Von den Verwaltungsbeamten gehören 4 der Post und 1 der Eisenbahn an.

Lord Lansdale über den Kaiser und die deutsch-englischen Beziehungen.

Die Londoner „Daily News“ veröffentlicht eine Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit Lord Lansdale, der dem Kaiser freundschaftlich besonders nahe steht. Lansdale räumt darin die Friedensliebe des Kaisers und seine Rücksicht auf England und spricht seine unverhohlene Mißbilligung der russischen Politik der letzten Monate aus. Er sagt u. a.: Ich bin überzeugt, daß es dem Kaiser schwer fällt, die Faltung, die unsere Regierung gegenüber Deutschland eingenommen hat, zu verstehen. Was die Kriegsgerüchte anbelangt, so muß ich sagen, daß ich sie nicht ernst verstehe. Als ich König Georgs Rede las, war ich als einer der sehr vielen, die sich nicht für die nicht an die deutsche Gefahr glauben, überzeugt, die Rede müsse in Deutschland eine überaus verberbliche Wirkung ausüben, und zwar weniger bei den Politikern, als bei dem deutschen Volke im allgemeinen. Die Rede des Schatzministers hat denn auch in der Tat auf die Deutschen eine verberbliche Wirkung ausgeübt, daß es nach meiner Meinung noch vieler Jahre bedürfen wird, ehe sie vollständig verschwinden sein wird. Wenn nicht der Kaiser selbst von Beginn an entschlossen gewesen wäre, keinen Krieg zu führen, so wäre es für die Regierung schwierig gewesen, der Volkstimmung zu widerstehen. Die Ansicht, daß der Kaiser in der Hinsicht auf England und über einen Teil von England oder den englischen Handel angreifen, ist absolut unwahr. Jeder, der den Kaiser kennt, kann die Tatsache bezeugen, daß er den größt en Absichten vor den Schreden eines Krieges hat. Er würde eher alles tun, als einen Krieg hervorzuufen, wenn er nicht im Interesse seines eigenen Landes davon gesungen wird. Ich kann es sogar, daß ich während der langen Reihe von Jahren meiner Bekanntschaft mit dem Kaiser ihn niemals ein Wort habe äußern hören, das anders als sympathisch England gegenüber aufgefacht werden könnte.

In den französisch-spanischen Marotto-Verhandlungen

meldet die „Polit. Korresp.“ aus Paris, man mache dort an amtlichen Stellen durchaus kein Geht daraus, daß die Verhandlungen sich in einem lebhaften Gange befinden. Das Madrider Kabinett habe gegenüber den französischen Vorschlägen Veränderungen beantragt, die sich von diesen sehr weit entfernten. Die französische Regierung habe die spanischen Gegenanschläge nach genauer Prüfung als unannehmbar befunden und einen von dem ersten wenig veränderten Entwurf nach Madrid gelangen lassen. Die bisher festgehaltene Haltung, daß vielleicht doch ein Einvernehmen bald erreichbar sei, müsse bei dieser schwierigen Gestaltum fallen gelassen werden.

Auf denselben Ton sind die Meldungen aus Madrid gekommen. Eine Pariser Zeitung meldet aus Madrid, der Minister des Auswärtigen habe in dem unter dem Vorhänge des Königs abgehaltenen spanischen Ministerrat die Bedingungen Frankreichs als unannehmbar bezeichnet, doch sei die amtliche Antwort Spaniens auf die neuen französischen Vorschläge noch nicht erfolgt und werde wohl noch einige Tage auf sich warten lassen. Der „Temps“ erklärt, die spanische Regierung habe eine Haltung angenommen, welche die Verhandlungen schwierig gestalten werde. Sie zeige sich in drei Punkten durchaus unannehmbar. Sie beharre darauf, daß Spanien in seiner Zone dieselbe Stellung habe wie Frankreich in der seinigen. Sie verlange die Unversehrhaltung der Befehung von Larraoch und Elkar und weigere sich, in der Zone einen Kleinstreit abzurufen, der irgendwie mit den Kanarischen Inseln in Bezug stehe. Unter diesen Umständen müsse man sich fragen, was überhaupt noch Gegenstand der Verhandlungen bilde und welche Entschädigung Spanien den Franzosen anbieten könne.

Das ministerielle Blatt „Manana“ versichert, daß der letzte spanische Ministerrat sich hauptsächlich mit den neuen Operationen befaßigt, bei denen Weilla als Baß für die Befehung des Nachbargebietes von Albuera heranzuführen solle. Der Ministerrat habe ferner den strategischen Plan genehmigt, der sofort an den Oberkommandierenden nach Weilla geschickt werden wird, um eine scheinbare Durchführung zu sichern. In einem pessimistischen Artikel über die spanisch-französischen Verhandlungen berichtet das Blatt, der Tag sei ein Tag, an dem es die Verhandlungen in einem ungünstigen Sinne werde, wenn Frankreich weiter

Bürger, werde hart!

Wehre Dich endlich gegen ein System, das Dir und dem Vaterlande zum Unheil werden muss!

Liberale Politik ist wahrhaft nationale Politik!

Oeffentliche politische Wähler-Versammlung

Donnerstag den 11 Januar 1912, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale des „Tivoli“.

Redner:

Reichstagskandidat der vereinigten Liberalen Gutsbes. **William Koch-Unterfarnstedt.**

Ein Wort in letzter Stunde.

Liberale Wähler in Stadt und Land! Erscheint zu dieser Versammlung in Massen.

Alle nationalen Reichstagswähler sind eingeladen.

Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins I. A.: E. Hartung, Gotthardtstrasse.

Biehsalz
empfehl't
Eduard Klauß.

Herr E. Fiedler, Naturheilkundiger in Dresden, erklärt, dass er b. verschied. Hautkrankungen, wie

Kopfschuppen, Flechten etc. mit Herba Obermeyers Herba-Seife zu haben in allen Apoth., Drog., Parfüm à Stück 5 Pf., 80% stärker Präp. Mk. 1.—

Klinge Hausfrauen verwenden nur die altbewährte
MAGGI'S Würze. Postens empfohlen von

Emil Frahnert, Kl. Ritterstr. 18.

Seden Bottenfeldtauben kauft
Gustav Hartung, Meuschauer Str. 3.

Mästen-Kostüme für Herren zu verkaufen
Globiafauer Straße 16 a. III.

Wenn Sie von hartnäckigen **Flechten**, juckenden Hautausschlägen usw. geplagt sind, so daß der Gaitreiz Sie nicht schlafen läßt, bringt Ihnen **Ruders „Saluberna“** rasche Hilfe. Verat. warm empf. Dose 50 Pf. (Härteste Form) bei P. Richter, Markt 17, B. Rlesitz (Kurt Vigel), Entenplan, und A. Riche, Hofmarkt 5.

In meinem diesjährigen grossen Saison-Ausverkauf

sind in allen Abteilungen grosse Warenposten mit bedeutender Preisermässigung zum Verkauf gestellt.

Ganz besonders billig, teilweise bis weit über die Hälfte des bisherigen Wertes herabgesetzt sind alle dem Modewechsel unterworfenen Artikel

Am Lager sind noch in grosser Auswahl:

Englische u. Flausch-Paletots, Schwarze Eskimo-Paletots, Plüschmäntel, Abendmäntel, Costumes, Capes, Kostümröcke u. Blusen, Mädchen-Paletots u. Kleider, Golljacks, Sweater, Kapotten u. Mützen.

Ferner empfehle ich für die kalte Jahreszeit

alle Trikotagen und Unterzeuge für Herren, Damen und Kinder, Handschuhe, Strümpfe, Gamaschen, Pelzwaren, Muffen, Colliers.

während des Ausverkaufs zu besonders wohlfeilen Preisen

10% Ausnahme-Rabatt

auf alle dem Ausverkauf nicht unterstellten Waren während der Dauer desselben.

20% Ausnahme-Rabatt

auf alle Herren- und Knaben-Konfektion bis zur Verlegung dieser Abteilung in das Nachbar-Grundstück.

Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 11.

Giergen & Bellinger.

Freitag gewiß werden, daß ein Schlag gegen die sozialen Einrichtungen, wie das Sozialversicherungsgesetz, geführt werden kann. Das sollten sich auch die technischen Angestellten bei den Wahlen vor Augen halten.

Die schwarze Blau-Freundschaft. Das Zentrum kommandiert schon für die Hauptwahl, wie die Köm. Volksliste feststellt, über rund 130 000 Stimmen ab, die es für Kandidaten der Rechten in die Wahlgänge werfen wird. — Wir glauben, daß diese Ziffer noch zu niedrig gegriffen ist.

Der schwarze Blau wird mit dreifachem Mut immer noch bestritten. In einem Eingelände an das „Schmalz“, „Langeblut“ und auch in anderen Wählern wird den Wählern vorgeredet, daß an der Behauptung von einem schwarz-blauen Blau kein wahres Wort sei. Es wird mit dem alten Einwand operiert, daß ja auch die Freiwahligen öfter mit dem Zentrum zusammengehören seien und aus letzter Zeit die Abstimmung über die Verfassung des Reiches ein Beispiel sei, bei der die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum für die Verfassung eingetreten seien. Die Wähler werden noch damit grübeln gemacht, daß durch die gemeinsame Abstimmung der Liberalen und des Zentrums an der gefährlichsten Stelle des Reiches ein neuer demokratischer Fortschritt erzielt worden sei. Daß Parteien, die sich gegenseitig bekämpfen, sich bei einzelnen Vorzügen nicht selbstverständlich. Das trifft aber nicht das systematische Zusammenarbeiten von Zentrum und Konserverativen von der Reichsfinanzreform bis heute. Das Beispiel mit Gelp-Verträgen ist sehr unglücklich gewählt, denn damals haben die Liberalen, das Zentrum und ein Teil der Reichspartei für die Regierungen vorzogen gelohnt, und der Kaiser hat in seinem Dank an den Reichstag betont, daß die Verfassung von Gelp-Verträgen, in einer den Interessen des Reiches entsprechenden Weise zum Abschluß gebracht worden sei. Aber der Schreiber jenes Eingeländes weiß es natürlich besser, und er hätte eigentlich den Wählern noch erzählen sollen, daß auch der Kaiser von den Konserverativen wegen dieser Verfassungsvorlage als antimoderne hingestellt worden ist, und der Kaiser ihnen zurufen mußte: Wir schreiben vorwärts, Sie wollen stehen bleiben!

Merseburg und Umgegend.

8. Januar.

Die drei Könige und ihre Namen. Am letzten Sonnabend, dem sogenannten Dreikönigsfeste feierte die Kirche das Gedächtnis der Magier aus dem Morgenlande, die nach dem Bericht des Matthäus von evangelium dem neugeborenen Kinde zu Bethlehem huldigten. Erst durch allmähliche legendäre Umbildung, indem die Huldigung durch die Magier als Erfüllung der Worte des Palmes und des Propheten über die Huldigung durch Heiden und Könige aufgefaßt wird, ist allmählich seit dem fünften Jahrhunderte die Magier als Könige bezeichnet worden und zwar als Vertreter der europäischen Völker und seitlich zu Völkern, die nachkommen der drei Könige Noahs, Japhet, Sem und Cham. Dieser Auffassung entsprechend wurden dann auch die ursprünglich noch in den Skatolomen mit Schlamm und abgeseigter Milch abgebildeten Magier von den christlichen Künstlern als Könige dargestellt. Im sechsten oder achten Jahrhundert hat man dann auch Namen für die Magier zu finden verstanden, nämlich die Apelles, Amerius, Damasus, Apor, Sator, Paratoras, Galgalath, Malgalath, Sarrithim. Die jetzt noch üblichen sind zuerst in den dem heiligen Beda zugeschriebenen Kollektiven aufgefunden. Bekanntlich werden am Dreikönigsfeste die drei Namen zum Schuß gegen die Mächte der Finsternis auf alle Vorne geschrien. Eine Verwendung der Namen als Kalkmann findet sich wie nachgewiesen worden ist, auch bei den Juden. Speziell sollten sie gegen das Fieber dienen, wie aus einer Handschrift des 15. Jahrhunderts festzustellen wurde. Man trug sie als Amulette. Schließlich der Chronologie äußerlich sich Professor Geop der Meinung Kapur möge auf die babylonische Kapur, Sator, Melador auf das asyrische ar, hell sein, womit aurum, Gold, zusammenhängt, zurückgehen, Melidor also der Vist- oder Goldgänger der Magier, während Galgalath auf dem sprochbaldischen Schamneier Beskar oder auf asyrisch Bataasar, Herr oder Schlichter des Lebens, in Zusammenhang gebracht werden könnte. Die an diesem Tage stattfindenden Linszüge der Kinder haben in unserer Gegend ganz aufgehört.

Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wird, laut amtlicher Mitteilung, zum 10. März nach Merseburg einberufen.

Die Steuerveranlagung. Der Staatsbürger erfreut sich jetzt wieder der besonderen Aufmerksamkeit einer Behörde, mit der er bei ruhiger Überlegung zugeben muß, nicht entbehrt werden kann, aber doch eine von denjenigen Einrichtungen dieser Welt ist, ohne die sie wesentlich jährender sein würde. Das ist die Steuerbehörde. Sie fordert von seinem Einkommen, seinem Besitz und anderem ihren Zoll. Der Staat hat Ausgaben, folglich muß er auch Einnahmen haben, was für die Gesamtheit der Staatsbürger geschieht, muß die Gesamtheit aufbringen, und dazu wird der einzelne nach Höhe seines Einkommens und Vermögens herangezogen. Steuern haben schon die Staaten in grauer Vorzeit erhoben, nicht nach so durchachten und gründlich ausgearbeiteten Steuergesetzen, wie wir sie haben, aber man verstand schon damals zuzufassen, und bei der Einbringung der Ausgaben wurde nicht selten mit grausamer Strenge vorgegangen. Aus der Unlust, mit der Steuern bezahlt werden, entzündet nur zu häufig der sträfliche Gedanke, der Steuerbehörde eine Nase zu drehen, ein geringeres Einkommen oder Vermögen anzugeben und demgemäß weniger zu zahlen als man nach dem Gesetz zu tun hätte. Der Gedanke ist sträflich und die Ausführung strafbar. Da sie die Allgemeinheit schädigt, ist sie auch moralisch verwerflich. Aber nicht nur der Staat hat Ausgaben, die er aus den Steuereinnahmen bestreitet

muß, auch die Gemeinde, in der man wohnt, und sie erhebt darum ebenfalls Steuern. Kreis eingeleitete zahlen Kreissteuern und die Kirche beansprucht Kirchensteuern. Das alles muß in jedem Jahre aufs neue ermittelt und festgelegt werden, denn die Einkommens- und Besitzverhältnisse verdrängen sich ja immerwährend. In den Steuerbüros wird mit Hochdruck gearbeitet, um die Veranlagung vor Anfang des neuen Steuerjahres fertigzustellen. Um damit fertig zu werden, bedarf es präziser und richtiger Angaben der Steuerpflichtigen, und diese nehmen am besten ihr eigenes Interesse wahr, indem sie solche Angaben machen, weil sie sich nur so zerräubernde Rückfragen und Reklamationen ersparen können.

„Spät kommt er, doch er kommt“, nämlich der heilige Winter. Eigentlich, nach dem Kalender, ist er ja schon seit zwei Wochen da, aber die letzten Tage liegen uns eher an den Herbst glauben. Die vielen Winter- und Weihnachtsschneefälle, die in diesen Tagen in den Unterhaltungsblättern abgebildet waren, muteten einen fast ironisch an. Nun hat aber die Natur mit einem Schloß ein anderes Aussehen erhalten, und aus vielen Kinderhänden ersichelt gestern morgen der freudige Ausruf: „D, es hat geschneit!“ Das Quecksilber des Thermometers zeigte zunächst 0 Grad, später sank es auf 5 Grad Kälte herab. Daher bedeckten sich die Fenster der ungeheizten Räume gar bald mit Eiskrümen, und der Schnee blieb zur Freude von jung und alt liegen. Der Schilten wurde vom Boden geholt, und bald war der anhaltende Frost unter seinen Krufen im Schnee abgerieben. Auf den Bürgersteigen wurden Schusselbahnen angelegt, die die Vorstadt der Hausbesitzer (in den Augen der Kinder ihr Widerwille gegen den Unbilligen Frost) alsbald im Schnee versenkten. Die Saat kam, gegen den Frost geschützt, unter der weichen Schneedecke schliefen. Die Zweige der Bäume und Büsche neigten sich unter der Last der Schneemassen. Aber immer neue Mengen treibt der Wind heran. Alles erstarrt in winterlichem Weiß. Das Rauseln der Wagnerecke hat aufgehört. Das melodische Geläut der Schilten und das Geräusch der Bohlen scholl gedämpft über die weite Ebene. Langsamem Flug schwebt die Kälte, nach Mitternacht spähend über die Felder dahin. Im Gebüsch erübt das zarte Rauseln der Weisse und der kurze ängstliche Schlag der Schwarzdrossel, die, über das leise Rauseln des Wandersers erschrickt, davonfliegt. Aufs neue ergeht an alle die Mahnung: Gedenket der hungernden Vögel.

Aus dem Lesezettel wird uns eine Zeitungsbeilage, die sich mit Heimparadiesen beschäftigt, zugeleitet. Da auch bei uns diese schöne Anregung, den Sparinn zu fördern, getroffen ist, vermissen wir leider nur einen öfteren Hinweis auf die noch zu wenig bekannte Bewegung. Vielleicht sieht sich auch einmal unsere Sparfassenverwaltung veranlaßt, in besonderer Form wünschenswerte weitere Verbreitung der Heimparadiesen zu empfehlen. Der Erfolg in anderen Städten war dadurch ein nachhaltig großer.

Ein vorzüglich arrangiertes Weihnachtsvergnügen, bestehend aus Konzert, Theater und Ball, hielt am Sonntagabend der kaufmännische Verein „Hanja“ hier im Tirol als Mitglieder und Gäste hatten sich mit ihren Damen zahlreich eingefunden und bald machte sich unter dem Einfluß der musikalischen und theatralischen Darbietungen eine höchst animierte Stimmung geltend, die sich auf den nachfolgenden Ball fortsetzte. Eine mit zahlreichen Überraschungen verknüpfte Erlöschung erweckte viel Heiterkeit und tugewesentlich mit zum guten Verlaufe des interessanten Abends bei.

Durch den Eintritt der Kälte und des Schneefalles haben sich unsere Verhältnisse in den Anlagen in eine mächthafte Pracht gekleidet. Während weiß zeigt auch der kleinste Zweig seinen Schneesauber, der namentlich bei dem tiefen fatten Grün der Koniferen sehr effektiv auf das Auge wirkt. Namentlich am Sonntagabend, als der Mond mit seinem silbernebeln Licht die Schneelandschaft zeitweise beleuchtete und dazu die hohen Bogenlampen der Eisenbahn ihr elektrisches Licht ausstrahlten, gewährten die Anlagen am Gotschardtsteige jedem Naturfreund einen wunderbaren Anblick.

In der Reichsronne traten am Sonntagabend vor ausverkauftem Hause Arthur Seidels Leipziger Sänger auf und erzielten mit ihrem neuen, vielseitigen Programm einen durchschlagenden Erfolg. Der Beifall wollte nicht enden und wohl jeder Besucher hat betrieblig den Saal verlassen. Hoffentlich lassen die Sänger nicht zuzunage auf eine neue Vorstellung warten, da sie wiederum die Erhaltung gemacht haben, daß sie hier gern gesehen sind.

Zum Wahlkampf im Wahlkreise Merseburg-Querfurt.

Die Agitationsarbeit der vereinigten Liberalen im Wahlkreise

wird mit anerkanntem Wertes Zähigkeit und Kraftanstrengung durchgeführt. Der Kandidat, Gutsbeizler Koch, spricht Tag für Tag in ausverkauften zahlreich besuchten Versammlungen und erweist mit seinen schlichten aber packenden Ausführungen lebhaftesten Beifall. In Böhmen war die Veranlagung am Sonnabend abend von ca. 350 Personen besucht. Am selben Tage sprach Parteisekretär Schmilgin in Rodden und in Alt-ranstadt Lehrer Stügel vor einer zahlreichen Zuhörerschaft. Auch diese Versammlungen nahmen einen für die liberale Sache erfolgversprechenden Verlauf. — Der letzte Sonntag vor dem Wahltermine zeigte so recht die energische Arbeit der vereinigten Liberalen. Außer in Merseburg — siehe besonderen Bericht — fanden Versammlungen in Mücheln, Käßen und Malsleben statt. In Mücheln hatten sich über 400 Personen eingefunden, die mit Spannung und Interesse dem Vortrag des Kandidaten nach folgten. Vor überfüllten Versammlungen sprachen Lehrer Stügel in Mücheln im Schützenhaus — und Rechtsanwält Dr. Schreiber in Malsleben. Überall war eine lebhafteste Begeisterung für den liberalen Kandidaten. Selbst Gegner müssen nun auch anerkennen, daß die Liberalen wohl scharf aber sachlich den Wahlkampf führen. Wie ganz anders in konservativen Versammlungen. Der Kandidat Kiele sprach in einer von etwa 150 Personen besuchten Versammlung am Sonntag nachmittag in Querfurt. Seine Traktanten, die besetzten Bühnenagitatoren, unternahm wieder mühe Angriffe gegen die Liberalen und folgten dem üblichen Beispiel, die Person des Gegners zu verunglimpfen. Der „Witz“ über den Vornamen des liberalen Kandidaten fand hier eine neue Auffrischung, außerdem noch verschiedene widerwärtige Bemerkungen. Die Ueitung für all diese „Glanzleistungen“ erfolgt am Wahltag. Keine Stimme eines Kandidaten, der sich solcher Helfer bedient. Der Protekt muß lauten: Ich wähle Gutsbeizler Koch — Unterfarnstedt, den Mann der nationalen Mittelpartei.

hörerhaft. Auch diese Versammlungen nahmen einen für die liberale Sache erfolgversprechenden Verlauf. — Der letzte Sonntag vor dem Wahltermine zeigte so recht die energische Arbeit der vereinigten Liberalen. Außer in Merseburg — siehe besonderen Bericht — fanden Versammlungen in Mücheln, Käßen und Malsleben statt. In Mücheln hatten sich über 400 Personen eingefunden, die mit Spannung und Interesse dem Vortrag des Kandidaten nach folgten. Vor überfüllten Versammlungen sprachen Lehrer Stügel in Mücheln im Schützenhaus — und Rechtsanwält Dr. Schreiber in Malsleben. Überall war eine lebhafteste Begeisterung für den liberalen Kandidaten. Selbst Gegner müssen nun auch anerkennen, daß die Liberalen wohl scharf aber sachlich den Wahlkampf führen. Wie ganz anders in konservativen Versammlungen. Der Kandidat Kiele sprach in einer von etwa 150 Personen besuchten Versammlung am Sonntag nachmittag in Querfurt. Seine Traktanten, die besetzten Bühnenagitatoren, unternahm wieder mühe Angriffe gegen die Liberalen und folgten dem üblichen Beispiel, die Person des Gegners zu verunglimpfen. Der „Witz“ über den Vornamen des liberalen Kandidaten fand hier eine neue Auffrischung, außerdem noch verschiedene widerwärtige Bemerkungen. Die Ueitung für all diese „Glanzleistungen“ erfolgt am Wahltag. Keine Stimme eines Kandidaten, der sich solcher Helfer bedient. Der Protekt muß lauten: Ich wähle Gutsbeizler Koch — Unterfarnstedt, den Mann der nationalen Mittelpartei.

Liberaler Kundgebung in Merseburg.

Die von Liberalen Wahlvereine einberufene öffentliche Versammlung am Sonntag nachmittag war trotz des ungünstigen Wetters außerordentlich zahlreich besucht und gestaltete sich zu einer impetösen Kundgebung der vereinigten nationalen Mittelpartei zugunsten des liberalen Kandidaten. Herr Vorsitzungsvereinsvorsitzender Hartung leitete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache ein, in der er darauf hinwies, daß es endlich heute hell geworden sei; möge dies ein gutes Vorzeichen für den 12. Januar sein! Als erster Redner kennezeichnet Herr Rechtsanwält Dr. Syd in großen Zügen die politische Lage in unserem Vaterlande nach ihrer historischen Entwicklung Agrarisch ist Trumpf. An der Zollgesetzgebung zeigte er klar und deutlich die verteuerte Wirkung für die kleineren Landwirte, die Handwerker und Arbeiter. Dann streifte der Redner den schwarz-blauen Blau und wies nach, daß trotz aller Abwegungsvorwürfe ein solcher Beise. Der Liberalismus ist aber auch ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie. Am 12. Januar geht es vor allen Dingen der Partei, die nach dem Ausspruch des Reichstages der D. Reichmann-Hollweg ein triviales Spiel mit den Staatsinteressen treibe, und dem schwarzen Blaubruder eine glänzende Niederlage durch Abgabe eines liberalen Stimmzettels zu bereiten. (Lebhafter Beifall.) — Herr Kaufmann Felgiebel sprach als Hauptredner des Hanjabandes. Er gab zunächst kurz die Ursachen bekannt, die zur Gründung dieser Organisation für Handel, Gewerbe und Industrie führten. Die Interessen des anererbten Volkes wurden mit Füßen getreten; der Hund der Landwirtschaft stellte seine Partei und Interessenpolitik über die Wohlthat des Vaterlandes. Energisch wies der Redner den Vorwurf zurück, der Hanjabund sei ein Feind der Landwirtschaft; gerade in hiesigen Wahlkreise habe er als Vertreter des Hanjabandes die angereicherter Aufgabe, einen liberalen Gutsbesitzer zur Wahl zu empfehlen. (Lebhafter Beifall.) Der Hanjabund ist ein entschiedener Gegner der maßlosen Interessenpolitik der Großgrundbesitzer, die sogar soweit geht, durch Errichtung großer Bundeswarenhäuser, Zentralaufarbeitungs- und Reparaturwerkstätten den Handwerks- und Gewerbestand in Stadt und Land rückständig zu machen. Dabei stellen sich gerade diese Mittelstandstotengräber als die wahren Feinde dieses wichtigen Standes hin. (Siehe auch das von Unwahrscheinlichkeiten strotzende konservative Flugblatt: Wo sitzen die echten Freunde des Mittelstandes?) Mit der dringenden Mahnung an das Bürgerium in Stadt und Land, am 12. Januar den Kandidaten der vereinigten Liberalen, Gutsbeizler William Koch Unterfarnstedt zu wählen und den Worten: Das deutsche Bürgerium vor die Front! schloß dieser Redner seine trefflichen Ausführungen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) — Mit Spannung wurde das Referat des Vertreters der Nationalliberalen Partei, des Herrn Oberlehrers Dr. Bohnenstaedt erwartet. Dieser Redner leitete seine unheimlich packenden Ausführungen mit dem Hinweis ein, das Bürgerium habe leider noch nicht den Einfluß in unserem Vaterlande, den es auf Grund seiner Stärke und Stellung für sich in Anspruch nehmen müßte. Übergend zu einer kurzen Darlegung der Ziele und Bestrebungen der nationalliberalen Partei und der ihr angeschlossenen jungliberalen Partei betonte er im Auftrage seiner Partei, die Nationalliberalen werden im Wahlkreise Merseburg-Querfurt den fortschrittlichen Kandidaten Koch mit allen Kräften unterstützen. (Lebhafter Beifall und Bravourruf!) Der Redner ho,

dann das Trennen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen Volkspartei hervor, wie in Wählerrechts-, Schul- und der Rentenfrage, aber weit wichtiger Gedanken sind es, die gerade im diesmahligen Wahlkampf ein festes Zusammenhalten der beiden Parteien zur strikten Notwendigkeit machen. In Zoll- und Steuerfragen, in der Finanzpolitik und in Militärfragen hat sich die Fortschrittliche Volkspartei als durchaus nationale Partei bewährt. Nach einer Kennzeichnung der Nationalpolitik, die er verurteilt, da sie weite Kreise nicht befriedigt habe, wandte er sich in scharfen Worten gegen die ultramontanen Übergänge. Die Konservativen haben, da sie das Zentrum wieder zur Regierungspartei gemacht haben, Verrat am Enthusiasmus und der nationalen Begeisterung des deutschen Volkes geleistet. Wilton, der ausgezeichnete Diplomat, wurde gestürzt und die Konservativen gingen Arm in Arm mit dem Zentrum; sie wurden die Schlichter dieser Partei und deckten ihr den Rücken bei den Verhandlungen über Baronaus-Entlassung, Woburnsentscheid und Motu proprio. Daher stehen heute an der Seite der nationalliberalen Partei und Fortschrittlichen Volkspartei, um den für unser Vaterland und seine nationalen Interessen so gefährlichen schwarz-blauen Völkern zu stehen. Wählen Sie, so schloß der Redner, am 12. Januar den liberalen Kandidaten Koch (Vangenhakenberg, minutenlangem Beifall und lebhaftes Bravo) Mit einem warmen Appell an die Zuhörer schloß darauf der Versammlungsleiter die großartig verlaufene Kundgebung.

Beteiligung der Lehrer an der Reichstagswahl.

Unter Hinweis auf den Ministerialerlaß vom 19. Dezember 1911, der die Ausübung des Wahlrechts der Beamten und Lehrern zur patriotischen Pflicht macht, hat die königliche Regierung zu Weisung neuerdings nochmals in einer Verfügung die Erwartung ausgesprochen, daß jeder wohlberichtigte Lehrer von dem ihm gesetzlich zustehenden Wahlrecht auch tatsächlichen Gebrauch macht. Da die Dauer des Wahltags (bis 7 Uhr abends) es dem Lehrer ermöglicht, auch bei Innehaltung des planmäßigen Unterrichts seine Stimme rechtzeitig abzugeben, so hat der Schulunterricht an den Wahltagen nur in soweit auszufallen, als das Schulzimmer zum Wahllokal benutzt wird oder der Lehrer als Mitglied des Wahlvorstandes tätig ist. Sollte in einzelnen Fällen besonders weite Entfernung des Wahllokals vom Wohnorte des Lehrers eine Kürzung des Schulunterrichts erforderlich machen, so ist diese in entsprechender Weise zu gewähren. Mit der Benutzung der Schulräume zu Wahllokals, soweit dies durch die örtlichen Verhältnisse geboten ist, erklärt sich die königliche Regierung einverstanden.

Immer wieder der amtliche Apparat.

Die Konservativen im Reich machen sich die Flugblattverteilung sehr leicht und sparen viel Kosten. Die Gemeindevorsteher werden nämlich durch folgenden Befehl der konservativen Sache dienstbar gemacht:

Es wird dringend gebeten, ankommende Flugblätter sofort nach Empfang (also noch Sonntag den 7. Jan. vormittags) im dortigen Orte verteilen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des patriotischen Vereins für den Kreis Merseburg a.

Also nicht nur Versammlungen müssen die Gemeindevorsteher vorbereiten, sondern auch für die Verbreitung der Flugblätter Sorge tragen. Auch gegen diese Benutzung des amtlichen Apparates müssen wir energisch protestieren.

Wie leicht es übrigens damit, daß Sonntag vormittags während der Kirche keine Flugblattverteilung statfinden darf. Die schwarz-blauen Völkerverbreiter dürfen anscheinend wohl alles machen!

88. Beesen, 7. Jan. Trotz heftigen Schneesturms fand heute Nachmittag unter äußerst reger Beteiligung von nah und fern das Begräbnis der beiden Bergleute statt, die am Donnerstag auf der Braunkohlengrube von der Verdt durch einen nie abgehenden Bruch verdrückt worden waren. Der Sarg von ihnen, Bonn, wurde erst am Freitag nachmittag ausgegraben, obwohl sein Tod sofort eingetreten sein muß. Dagegen gab der ältere, Mettin, bis gegen 1 Uhr nachts durch Klopfen Lebenszeichen von sich. Als er am Freitag früh 2 1/2 Uhr geboren wurde, war er aber inzwischen doch bereits erkrankt, jedoch die Wiederbelebungsversuche vergeblich waren. Beide Vermählten waren verheiratet und drei Kinder. Das Kind ist fast dadurch entstanden sein, daß von dem Einbau ein Stempel festmalt gebrochen ist.

Q. Weßlich, 6. Jan. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ist der in der Umgegend schon lange umherstehende Berg, die Maul- und Klauenseuche, auch unter dem B. Q. des heiligen Wittergutes ausgebrochen. S. Oberthun, 6. Jan. Infolge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche ist aus dem hiesigen Gemeinde- und Schulbezirk ein Sperbezirk gebildet und für diesen die gesetzlichen Anordnungen in Kraft gesetzt worden. Das abgegrenzte Beobachtungsgebiet umfasst die Dörfer Gersdorf mit Ribben, Weßlich, Köhlig, Weßmar und Maschitz einschließlich des Wittergutes und Feldmarken.

„Gedankt der hungernden Vögel.“

Mücheln und Umgebung.

8. Januar.

** Neue Behörden. Durch die Verstaatlichung der Eichämter werden die städtischen Eichämter der Kreise Weiskensels, Raumburg, Zeitz, Eckartsberga und Quersfurt aufgehoben, dafür werden die Kreise dem in Weiskensels errichteten staatlichen Eichamt zugeteilt. Mit dem Bau des Eichamtsgebäudes wird dort auf dem städtischen Bauhofe, Kl. Döschstraße, bereits begonnen. Der Staat mietet das Gebäude von der Stadt.

** Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen. Geflügeluntersuchungen. Untersuchungen von verendeten Geflügel werden für die Mitglieder der Geflügelzüchtervereine und die Landwirte unserer Provinz und der angrenzenden Staaten im bakteriologischen Institut der Kammer zu Halle a. S., Freiinselfer Straße Nr. 68, vorgenommen. Die Sendungen sind, mit einem kurzen orientierenden Vorbericht versehen, direkt an das Institut zu richten. — Untersuchung gefallenen Wildes. Den Jagdbesitzern wird erneut in Erinnerung gebracht, daß das bakteriologische Institut in Halle a. S., Freiinselfer Straße 68, die Untersuchung von Fallwild jeder Art (Haar- und Federwild) gegen Entloftung der Luftröhren ausführt. Es empfiehlt sich, den Sendungen einen kurzen Vorbericht beizufügen. — Subventionierung und Prämierung von Düngerräthern. Die Anmeldungen auf Subventionen zu Müsterrückstellungen und zur Anfertigung von Stößen zu denselben, sowie die Meldungen für die Prämierung tüchtiger Düngerräther sind, falls die Anträge im Sommerhalbjahre erledigt werden sollen, bis 1. April 1912, falls im Winterhalbjahre bis 1. Oktober 1912 durch die Vorstände der der Kammer angehörenden landwirtschaftlichen Vereine der Kammer einzureichen. — Feldfontänen. Die Anträge auf Unterhaltungen zu Feldfontänen sind bis zum 1. April bei der Kammer einzureichen.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 50 Jahren, am 8. Januar 1862, wurde der Landtag des Kurfürstentums Hessen-Kassel aufgelöst, innerhalb eines Jahres zum dritten Male. Es war eine Zeit in deutschen Landen, die man heute kaum noch zu begreifen vermag. Der heftige Kurfürst und seine Minister, nicht nur reaktionär, sondern noch in Anschauungen des 18. Jahrhunderts befangen, ließen dem sehr berechtigten Verlangen des Volkes, und zwar gehörten zu diesem alle Kreise mit Ausnahme einer Anzahl Hosieller, die Verfassung von 1831 einzuführen, beständigen Widerstand entgegen; das Parlament, das einmütig diese Forderung stellte, wurde immer wieder aufgelöst. Insofern handelt es sich auch in diesem Teile Deutschlands nur noch aufsteigende Zeit, vom Kurfürsten und seinen Getreuen aufsteigende Zeit, vom Kurfürsten und seinen Getreuen gänzlich untertan, räumen binnen wenigen Jahren mit diesem Feudalstaate auf, in dem man für den Begriff „Deutschland“ beim Verfall und seinen Ratgebern keinerlei Verständnis fand. Erst ein energisches Machtwort Preußens beendete den hiesigen Verfallskampf, damals ein großes Ereignis, für unsere Zeit ein Sturm in Wassersegle.

Wetterwart.

B. W. am 9. Jan. Zeitweise auflockernd, Schneefälle abnehmend, Frost frohen. — 10. Jan.: Zeitweise heiter, trocken, Frostmutter.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

In der gegenwärtigen Zeit der heftigsten Wahlkämpfe wird sehrmann mit einer Fülle von Broschüren und Flugblättern überflutet; die Leser sehr oft jede Objektivität vermissen lassen. Umso wertvoller wird jene wirtschafts-politische und statistische Literatur, die wirklich sachlich und gründlich die großen bewegenden Fragen unseres öffentlichen Lebens verhandelt. Zu dieser Art Bücher gehört das Jahrbuch des Panik-Bundes für 1912, das liberal im Buchhandel für 1 Mark zu haben ist. In kurzen, flüssig geschriebenen Artikeln behandelt dieses Jahrbuch a. B. das Thema: „Agrarier und Fleischergelehrte“. Deutscher Bund, die Zollforderungen des Bundes der Landwirte, die Brauereiwirtschaft u. a. Sehr willkommen werden dem Leser die Angaben über die Entwicklung der politischen Parteien von 1884 bis 1907, über die Ergebnisse der bisherigen Reichstagsversammlungen, über die Verteilung der politischen Parteien im Reich und über die Konfessionsverhältnisse und Verfassungsveränderung der Abgeordneten sein. Zur Nachprüfung der von allen Seiten auf den Wähler einwirkenden Flugblätter ist das Jahrbuch des Panik-Bundes nicht wegzulassen.

Kauf- und Wackerleben. Seit einem Jahre macht sich im Volkstum in Wien immer mehr der Hang zu Wackerleben bemerkbar und die Veranstaltungen mit großem Aufwand verbunden, die sich jenseits der Stadt, bei denen nur Volkstoten üblich sind. Dieser Umstand ist in dem eben erschienenen Heft S. der „Wien- und Wacker“ besonders berücksichtigt. Denn neben den zahlreichen wackerlebenden Abenteurern sind ganz neue Serien von Wackertruppen, Planktivistinnen und -trachen aus den verschiedensten Zeiten darin zu finden, nebst einer Anzahl von Toilettenvorlagen für Garderoben. Mit und jung kann demnach nur Freude an dem reich und künstlerisch ausgestatteten Heft haben, dessen Sammelvorlagen und belletrischer Teil besonders für Unterhaltung und Zeitvertrieb sorgen.

Vermischtes.

* Prinz Heinrich als Protektor des deutschen Bundesbüchens. Wie das Komitee für das 17. Deutsche Bundes- und Jubiläumsgedächtnis in Frankfurt (Main) mitteilt, hat Prinz Heinrich von

Preußen das Protektorat übernommen. Das Gedächtnis findet vom 14. bis 21. Juli statt.

* Belgischer Bergarbeiterstreik. In dem Kohlenbeken von Mons befinden sich zur Zeit etwa 275 000 Arbeiter im Streik. Die Annahme, die Arbeiter würden eine wesentliche Lohnabgabe einsehen, scheint sich nicht zu bewahrheiten. In einer von 3000 Arbeitern besetzten Versammlung wurde diese Bedingung am Freitag abgelehnt. Die Arbeiter beharren auf der Forderung einer achtstündigen Lohnabgabe.

(Entführung eines Bergarbeiters) Zwei gefährliche Verbreiter, Franz Glab, der kürzlich überfallen auf einen Reutnant im Grenzbataillon und auf einen Gelbbriefträger verurteilt hat und Johann Hofmann, der neulich eine Polizeiwache, die ihn bei einem Einbruch überfallen, beschloß, überfallen Sonnabend nachmittag in Prag den Aufseher, sperrten ihn in ihre Zelle, tauten ihm die Schlüssel und entflohen, wobei sie noch einen zweiten Aufseher übernahmen.

* Ein Kurkatastrophen in Sevilla. Neben den Ausstellungen in Sevilla (Spanien) wird noch gemeldet: Das Gaus' Land in der Calle Urino und enthielt eine Knaben- und mehrere Frauenabteilungen. Es war bereits seit einiger Zeit als baufällig der Polizei gemeldet worden. Am Donnerstag nachmittag führte es plötzlich zusammen. In dem Stadtviertel entstand eine entsetzliche Panik, weil man annahm, daß sich die Kinder noch in der Schule befänden und die Trümmern begraben lagen. Glücklicherweise waren sie aber gerade auf einem Spaziergange und nur 3 Kinder in der Schule geblieben. Sie wurden tot aus den Trümmern hervorgezogen. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, da aus allen Teilen Sevilla's die Feuerwehren herbeieilen und die Zusammenstoß Sturm gelangt hatten. Man zog zunächst einen schwerverletzten 19jährigen Mann aus den Trümmern. Seine Verletzungen waren aber so schwerer Natur, daß er wenige Minuten darauf starb.

Neueste Nachrichten.

Rom, 8. Jan. Wie die „Agenzia Stefani“ aus Tripolis meldet, hat vorgestern eine Expedition der Kavallerie festgestellt, daß das Land in einem Umkreis von 8 Kilometern von Misrata vom Feinde geräumt ist. In Bengasi war die Lage am 5. Januar unverändert. Bei Deria wurden am 6. Januar auf die im Bau befindlichen Festungswerke einige Schiffe abgegeben, die jedoch wirksam waren.

Halle, 8. Jan. Fräulein Auguste Biegler hat der Stadt 15 000 M. zu einer Stiftung für Armenzwecke vermacht. — 2 Kinder im Alter von 8 und 17 Jahren des Arbeiters Schuch in der Eichen dorffstraße, die mit Streichhölzern spielten und einen Brand verursachten, wurden so schwer verletzt, daß sie nach dem Diafontenhaus gebracht werden mußten, wo sie ihren Brandwunden erlagen.

Uxhaven, 8. Jan. Mit schwerem Nordsturm ist gestern nachts Frostwetter und Schneestürme eingetreten. In der Elbündung strandete der schwedische Schoner „Kare“; er wurde mit vieler Mühe durch zwei Hilfsdampfer abgeselepp.

Schwewe, 8. Jan. Seit gestern morgen wüsten im mittleren Berratal schwere Schneestürme, die viele Verkehrsstörungen verursachten. — Auch im gesamten Eifelgebiete sind Schneefälle niedergegangen. Am Niederrhein trat gestern plötzlich mit Hagel und Schneefall ein Wettersturz ein. Der Niederschlag in der Nacht zum Sonntag betrug 34 Millimeter.

Freiburg i. B., 8. Jan. Gewaltiger Sturm wüthete auf dem Schwarzwald sowie in der Ebene und richtete großen Schaden an. Im Höllental wurde das Dach eines großen Schwarzwaldhaus abgetragen und zerschmettert. Vormittags zog ein heftiges Gewitter mit wolkenbrütigem Regen auf. Infolge Aufschwellens der Schwarzwaldtäler und flusse ist Hochwasser zu erwarten.

London, 8. Jan. An der Küste von Großbritannien wüthete am Sonnabend in Verbindung mit ununterbrochenem Regen und Schneefall Sturm, der großen Schaden angerichtet hat. Ein Elbpostdampfer von ungewisser Nacht hat den Dienst zwischen Calais und Dover unmöglich gemacht. Im ganzen Norden von Wales ist der Eisenbahndienst in Unordnung geraten. Eine große Anzahl von Telegraphenstationen sind über die Gletsche und die Strahlen geworfen. Sehr erste Beschädigungen hat das Unwetter in Gwynes angerichtet.

Brest, 8. Jan. An der ganzen französischen Westküste wüthete gestern schwerer Sturm, der von Stunde zu Stunde an Stärke zunahm. Auf Befehl des Marineministers sind alle Schiffe, die im Hafen angelegt hatten, mit doppelten Ketten versehen worden.

Reklameteil.



Gras Hummer, der bekannte Volksweinschiller und Philantrop, hatte Ende des 18. Jahrhunderts eine Suppe zusammengeleitet, die nach ihm „Hummer-Suppe“ genannt wurde. Er wollte in der damaligen feineren Zeit der Bevölkerung eine billige, nahrhafte und wohlschmeckende Suppe schaffen. Selten zweier erreichte er, denn die Suppe fand allgemein Beifall. Ihre Hauptbestandteile waren Graupen, Erbsen und Kartoffeln. Im Laufe der Zeit hat die Nahrungsmittel-Industrie das Rezept verbessert, und besonders die bekannte Maggi-Gesellschaft bringt eine an Wohlgeschmack und Nährwert unübertroffene Hummer-Suppe auf den Markt, die aufs wärmste empfohlen werden kann. Man verleihe aber ausdrücklich Maggi's Hummer-Suppe.

Ständesamtliche Nachrichten der Stadt Merseburg.

Vom 1. bis 6. Januar 1912.
Geschickungen: der Galanderführer Paul Hübler u. Amalie Schulze geb. Dippner, Bäckerstr. 9; der Schmied Gustav Weiß u. Anna Kümme, Gr. Ritterstr. 8.
Geboren: dem Handarbeiter Wöhme 1 S., Leichstr. 23; dem Fabrikarbeiter Raupold 1 S., Mühlberg 6; dem Steinmetz Reif 1 F., U. Altenburg 46; dem Maler Sander 1 F., Minnestr. 21; dem Arbeiter Schürmann 1 F., Sand 14; dem Sekr. d. Landes-Verl.-Anst. Schröder 1 S., U. Altenburg 6.
Gestorben: der Kauslitt Reinhold Oberbeck, 65 J., Unter-Altenburg 28; die Witwe Lina Schulze geb. Rauch, 63 J., Poststraße 2; die F. d. Arbeiters Misching, 8 W., Saalstr. 3; der Steindruckerd. Oswald Gröbel, 80 J., Vorwerk 2; der S. d. Handarbeiters Wöhme, 2 Tage, Leichstraße 23; die Witwe Cäcilie Gräber geb. Claus, 84 J., Lindenstraße 10.
Auswärtige Aufgebote: der Arbeiter R. Fantoniak und M. Lezala, Gorajce; der Kernmacher R. W. Schneider u. J. L. Löwe, Merseburg u. Gersa.

In den Angelegen im Stauesamt sind Anwesenspässe vorzuliegen.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß im 7. Wahlbezirk zur Reichstagswahl von uns an Stelle des Herrn Stadt rat Barth Herr Fabrikdirektor Decker als Wahlvorsteher und zum Stellvertreter derselben Herr Spottobefehlshaber Dieloff bestimmt worden ist.
 Merseburg, den 6. Jan. 1912.
 Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Zweck der Aufstellung eines Einquartierungsstatutens für die hiesige Stadt ist die Angabe der in jedem Hausgrundstück vermieteten Räume, für welche teils der einzelnen Mieter 450 Mk. und mehr jährlich zu zahlen werden, erforderlich. Den Hausbesitzern bzw. deren Stellvertretern werden demnach entsprechende Listen zur Eintragung der in ihren Gebäuden wohnenden Mieter unter Angabe des jährlich zu entrichtenden Mietzinses zugehen. Wir eruchen, die Listen ordnungsmäßig auszufüllen und innerhalb 3 Tagen zur Abholung bereit zu halten. Für die richtige und ordnungsmäßige Ausfüllung der Listen sind die Hausbesitzer beim deren Stellvertreter gemäß § 3 des Ortsstatuts für die Quartierleitung der Stadt Merseburg vom 5. Mai 1911 verantwortlich.
 Merseburg, den 2. Jan. 1912.
 Der Magistrat.

Gotthardstraße 27

Wohnung zu vermieten und 1. April er. zu beziehen (5 Zimmer und Zubehör, Wasserloset, Bad, Gas vorhanden, Garten auf Wunsch). Beschauung erbeten 3-5 Uhr. **O. Schönberger.**

Eine Wohnung

zum Preise von 210 Mark in bestem Hause per 1. 3. 1912 zu vermieten **Outenbergrstraße 13.**

Kleine Wohnung, 25 Taler

sofort oder später zu beziehen **Reichshauer Str. 1.**

1 Wohnung,

Stube, Kammer, Küche mit Zubehör, per 1. April zu vermieten **Herrn Breite Str. 18.**

Gesunde Wohnung, 2 Stuben

2 Kammern, Küche, Zwickelkammer, Zinnenloset, Garten u. Nebengelass zu vermieten. Off. unter **6 200** an die Exped. d. Bl.

Poststraße 2

ist die von Frau Banker Schulze innegehabte Wohnung in der 1. Etg. zu verm. **H. Christof.**

Wohnung, Kammer, Küche nebst

Zubehör, an einzelne Leute zu verm. u. 1. 4. 1912 beziehb. **Steinstraße 11.**

Größere Hofwohnung

zu vermieten **Burgstr. 18.**

Ritter

Flügel Pianos

1911

Weltausstellung-Turin-Grand Prix

Filiale Merseburg, Ober-Burgstr., Vertr. Rud. Meckert.

Familienwohnung,

rubig gelegen, für 210 Mk. jährliche Miete per 1. 4. 1912 zu vermieten. **Mag. Gr. Ritterstr. 27.**

Freundl. gelegene Wohnung,

hochpar., für 400 Mk. per anno zum 1. 1. oder 1. 4. 1912 zu vermieten. **Zu erfragen Große Ritterstraße 27.**

Wohnung, 5 Zimmer, Küche

und Zubehör, zu vermieten **Weissenfeller Straße 40.**

Wohnung, hochherrschaftlich,

modern, 6 Zimm., Bad, Garten, reichlich Mel angelag., fortzugs-fähig zum 1. 4. 1912 zu verm. Näheres beim Hausverw. **Christianestr. 5, 1.**

Neumarkt 20

Wohnung, 3 Z., K., R. u. Zubehö., sofort zu vermieten und Ende März 1912 zu beziehen.

Die bisher von Herrn Reg.-

Affessor Dr. W. Hilde innegehabte **1. Etg. Breite Str. 15** ist sofort zu vermieten **Mag. Herrfurth.**

Stube, Kammer, Küche

zu vermieten **Benenien 1.**

2 Stuben, 2 Kammern, Küche

und Zubehör (420 Mk.) zu verm. 1. April zu beziehen. **Goßligauer Straße 9.**

Stube, Kammer und Zubehör

sofort oder 1. April zu beziehen. **Neumarkt 58.**

Wohnung, 3 Zimmer, Kammer,

Küche und Zubehör, mit Gasanzl., Preis 450 Mk., zu vermieten. **Zu erfragen in der Exp. d. Bl.**

Zwei Wohnungen, 2. Kammer,

Küche, und 1 Stube u. Kammer zu beziehen **Hb. Breite Str. 21.**

Ein Logis ist zu vermieten

und 1. April zu beziehen **Neumarkt 17.**

In einem Herrschaftshause,

Nähe der königlichen Regierung ist ein fein möbl. Zimmer mit sep. Eingang sofort zu vermieten. **Offerten unter P 200** an die Exped. d. Bl.

Möbliertes Zimmer

zu vermieten **Markt 23.**

Eine Schlafstelle offen

zu vermieten **Leichstraße 11.**

Der Wiegandische Aaden,

Entenplan, ist sofort auf einige Monate zu vermieten. **Westr., Kontursverwalter.**

Stenographie

Wittwoch d. 10. Jan. 1912 abends 8 Uhr wird im oberen Saale des Schütze-Restaurants, Burgstraße, ein



Anfänger-Kursus

in der am weitest verbreiteten **Gabelsbergerischen Stenographie**

für Damen und Herren eröffnet. Honorar einfl. Gehrmittel 5 Mk. Gefl. Anmeldungen werden bei Beginn des Unterrichts erbeten. **Gleichzeitig ist Gelegenheit vorhanden, am Schreibmaschinen-Unterricht teilzunehmen.**

Lederhandlung
Gebäude Becker
 Breite Strasse 4.

Sohlleder- und Oberleder-Ausschnitt - Schäftelager - Schuhmacher-Bedarf - Artikel.

Zeitungs-Makulatur

zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben im Verlag des „Correspondent“

Unsere Mitglieder ersuchen wir, die **Mitgliederbücher** zum Vortrag des Guthabens für 1911 bis zum **10. Januar 1912** in unserem Geschäftsjokal abzugeben.

Vorschuss-Verein zu Merseburg.
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
E. Hartung, A. Müller, F. Heyne.

Hochfeine süße Apfelsinen
 a Duzend 50 Pf. empfiehlt **Adolf Rümde,**
 Outenbergrstraße 1.

Genossenschafts-Verband freiwilliger Krankenpfleger.

Krankenpfleger (Uniform) und Krankenpflegerinnen **Mittwoch** den 10. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, **Zusammenkunft im „Herzog Christian“.** **Allseitiges Erscheinen notwendig!**

holor „Lg.“

Dienstag den 9. Januar abends 9 Uhr im Vereinslokal „Herzog Christian“ **General-Versammlung.** Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Übungsstunde von 8-9 Uhr.** **Der Vorstand.**

Schüler oder Schülerinnen der höheren Schulen in Merseburg **finden gute Pension.** **verso Frau Pastor Döbel, Domstraße 1.**

Ranaria- und Tierschutz-Berein
Oberbeuna.
 Sonntag den 14. Januar, von abends 7 Uhr an **Stiftungsfest und Maskenball.** Die besten Herren und die besten Damen-Masken werden prämiert. Es laden freundlich ein **Der Vorstand, J. Wülfje.**

Genossenschafts-Verband freiwilliger Krankenpfleger.

Krankenpfleger (Uniform) und Krankenpflegerinnen **Mittwoch** den 10. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, **Zusammenkunft im „Herzog Christian“.** **Allseitiges Erscheinen notwendig!**

holor „Lg.“

Dienstag den 9. Januar abends 9 Uhr im Vereinslokal „Herzog Christian“ **General-Versammlung.** Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Übungsstunde von 8-9 Uhr.** **Der Vorstand.**

Schüler oder Schülerinnen der höheren Schulen in Merseburg **finden gute Pension.** **verso Frau Pastor Döbel, Domstraße 1.**

Turnverein Rothstein

hat auf Wunsch mehrerer Damen eine **Damen-Turn-Abteilung** eingerichtet. **Zurückenden** finden Donnerstags in der Turnhalle des Casino, von abends 8-10 Uhr statt. **Anmeldungen** von Damen werden dafelbst angenommen **Der Vorstand.**

Schultheiß.

Täglich fr. See-Muscheln. **Gebe auch außer Haus.**

Preuß. Adler.
Mittwoch Schlachtfest.
Humbolds Restauration
 Dienstag **Schlachtfest.**

frische hausschlachtene Wurst.
O. Fißler, Weissenfeller Str. 12.

fr. haushl. Buro.
Ernst Bogel, Lauchthofer Str.

Deute Dienstag **Schlachtfest.**
C. Steger, Weissenf. Str. 40.
 Suche zum 1. April einen **verheirateten Anecht** und eine **Zagelöhnerfamilie** **Koch, Frankfurteln.**

Geht!
 zu möglichst baldigem Eintritt ein **gewandt. Bureauschreiber**
C. W. Julius Blande & Co.,
 G. m. b. H.

Einen Lehrling
 sucht zu Oftern **F. A. Schmidt,** Feilenbauerei, Suche für meine Sattlerei und Ladiererei

2 Lehrlinge.
Ernst Uhlig, Sattler u. Wagenb., Neumarkt 52.
 Suche für meine Brot-, Weiß- und Seidenbäckeri Oftern einen **Lehrling**

Fr. Schöne, Weiße Mauer 11.
Schmiedelehrling
 zu Oftern gesucht. **R. Daus jun.,** Schmiedemstr.

Suche für Oftern 1912 einen **kräftigen Lehrling** **Schulze,** Schmiedemeister, Keulberg b. Dürrenbera.

Barbierlehrling
 Oftern 1912 unter günstigen Bedingungen gesucht **Albert Hentl,** Friseur, Merseburg, Neumarkt 65a.

Bäderlehrling
 kann Oftern in die Lehre treten bei **H. Hartmann,** Delgrube 20.

Kleberinnen
 für Flach- u. Zwogenbeutel finden immer Beschäftigung **Arthur Kornader.**

Zum 1. März oder 1. April er. suche ich eine gut empfindene **Köchin,** die Hausarbeit mit übernimmt. **Frau Kommerzienrat Eichhorn.**

Jüngere Aufwartung
 für nachmittags sofort gesucht **Outenbergrstraße 15, 1. Et.**

Wähler in Stadt und Land!

Wir stehen unmittelbar vor der Reichstagswahl! Fast scheint es, als hätte die bevorstehende Wahl, solange das deutsche Reich besteht, an Bedeutung ihresgleichen noch nicht gehabt.

Es kommt darauf an, daß solche Männer in den Reichstag einziehen, die auf den bewährten Grundlagen unseres Verfassungs- und Wirtschaftslebens weiter arbeiten wollen und nicht Anhänger einer Richtung, die unser Vaterland immer mehr dem Radikalismus und der demokratischen Zerfetzung entgegenführt.

Wir wollen nicht an der geschichtlich gewordenen Verteilung der Rechte zwischen Regierung und Volksvertretung gerüttelt wissen; denn wir leben in einem Staatswesen, das Größe und Blüte seinem monarchischen Grundcharakter verdankt und zugleich allen Bürgern eine weite und freie Betätigung auf den Gebieten des öffentlichen Lebens sichert, weit über das in vielen Republiken bestehende Maß hinaus. Den besonders von der fortschrittlichen Volkspartei verfolgten Bestrebungen, die dahin zielen, die Rechte des Reichstages in dem zumeist die Parteileidenschaft eine ausschlaggebende Rolle spielt, auf Kosten der kaiserlichen Gewalt zu erweitern, müssen wir deshalb mit Entschiedenheit entgegenreten.

Wir fordern einen wirksamen Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen den immer rücksichtsloser werdenden sozialdemokratischen Terrorismus, sowie Schutz der Arbeitswilligen vor der Bedrängung durch die Sozialdemokratie. Den Kampf gegen diese Feindin von Religion,

Vaterland, Familie und Eigentum werden wir mit Entschlossenheit fortsetzen. Der immer mehr einreisenden Zuchtlosigkeit und Verwilderung unserer Jugend sollte mit aller Tatkraft entgegengearbeitet werden. Dabei wird auf die Fortführung einer gesunden Sozialpolitik zum besten unseres Arbeiterstandes Bedacht zu nehmen sein.

In unserem deutschen Vaterlande haben sich infolge der gerechten, weitblickenden Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck Handel und Wandel in früher nie gekannter Weise entwickelt, trotz Gegnerschaft des fortgeschrittenen Liberalismus und der Sozialdemokratie. Ein Beweis dafür ist das fast völlige Verschwinden der Auswanderung und eine zunehmende Wohlhabenheit in allen Schichten der Bevölkerung. Industrie wie Landwirtschaft nebst ihren Arbeitern, Handwerk wie Handel werden gedeihen, wenn der bisherige Zollschutz weiter bestehen bleibt.

Aber auch für den Landwirt wünschen wir nicht besonders hohe Preise, die ihm mehr schaden als nützen würden, sondern nur einen mäßigen, aber möglichst gesicherten Lohn für seine Arbeit gegenüber dem billiger produzierenden Auslande. Die Erhaltung unserer Wehrkraft zur Wahrung eines ehrenvollen Friedens oder zur erfolgreichen Verteidigung unserer Lebensinteressen ist das Erfordernis jeder vaterländischen Politik.

Diesem Programm gemäß empfehlen wir für die bevorstehende Reichstagswahl am 12. Januar den Wählern des Kreises Merseburg, die Wahl des Herrn

Gutsbesitzer **Niele** = Starfiedel.

Herr Niele wird eintreten für gerechte Steuern nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Dabei gilt es für den Schutz des durch das moderne Großkapital hart bedrängten Mittelstandes zu sorgen. Herr Niele ist für eine künftige Heranziehung des Besitzes unter Schonung der Kleinen und des Mittelstandes.

Herr Niele ist ein entschiedener Gegner des Warenhauswesens der Abzahlungsgeschäfte, der Wanderlager und

Wanderaktionen. Er hat sich bereitwillig zu den Bestrebungen des Handwerkerbundes bekannt und wird alles unterstützen, was geeignet ist, die Organisationen des Handwerkers zu fördern und zu kräftigen. Ebenso wird er für die Autorität des Arbeitgebers in allen Zweigen des Gewerbelebens wirken. Er wird endlich eintreten für Schutz und Ausgleich der berechtigten Interessen aller Berufsstände, für deutsche Arbeit und für deutsche Art und Sitte, getreu der alten Losung:

Mit Gott für Kaiser und Reich.

Namens des patriotischen Vereins und des Bundes der Landwirte.

Dehling-Wandorf, Bud-Klein-Schorlapp, Eißfeldt-Röschau, Franz-Merseburg, Günther-Merseburg, Hertel-Merseburg, Hilbert-Niederelobica, Georg Hochheim-Schaffstädt, Dr. Graf Hohenthal-Dörlan, Klingholz-Merseburg, Leeder-Merseburg, Penze-Lützen, Müllsch-Schwendt, Dr. Müßke-Merseburg, Dr. von Richter-Deitz a. S., Schele-Schladebach, Schurig-Wilscherodorf, Trautmann-Bemdorf, von Trotha-Scopau, Wartgenstedt-Caja, Wegeleben-Schottoren, Adolf Weise-Holleben, Westermeyer-Schwendt, Windler-Merseburg, Dr. Ziegen-Merseburg, von Zimmermann-Bentendorf.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Der Abdruck von unten angegebenen der Postkarte ist durch unsere Redaktion in
der Größe auf dem Bande außerdem beizulegen: durch die Post 120 Bl. außer 42 Bl.
Beilage. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Sonntagen nachmittags.
Kaufort unserer Originalabnehmer ist nur mit deutscher Postanweisung verbunden.
Für Abgabe unersandter Einblendungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seite illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Merseburg und umher-
liegende 10 Bl. 40 Pf., sonstige 20 Bl. 40 Pf., ansonstige von Seite
20 Bl. im Klammern 40 Pf. Die sonstigen 50 Bl. entwerfender Auftrag-
gebende für Gebotbeilagen nach Vereinbarung. Für Anzeigen und Offertenanfragen
Berechnung nach Anschlag mit Beilagezahlung. Erfüllungsort: Merseburg.
Besondere Berücksichtigung für gewisse Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis Freitag 9 Uhr, Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags. 200

Nr. 6.

Dienstag den 9. Januar 1912.

38. Jahrg.

Die Autorität der Regierung

Die Minister dekretieren, aber die Landräte regieren. So ist es in Preußen der Brauch. Man kann auch bei der jetzigen Wahlbewegung wieder sehen, wie wenig das Wort des Ministers an den nachgeordneten Verwaltungsstellen gilt, wenn die ministerielle Anordnung darauf ausgeht, durch sinngemäße Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen eine wirklich freie und ungehinderte Wahl zu bewerkstelligen. Da hält es mancher Landrat absolut nicht für seine Pflicht, die Befehle des Ministers strikte zu erfüllen, sondern er rückt sich als der politische Beauftragte der konservativen Partei und legt es nach Möglichkeit darauf an, den Wahlgang so zu gestalten, daß er sich im Interesse der konservativen Partei vollzieht.

Am 9. November hat der Minister des Innern bekanntlich eine Verfügung an die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten erlassen, in der über die Abgrenzung der Wahlbezirke, über die Gestalt der Wahlurnen usw. Anweisungen enthalten waren, die dem Sinne des Gesetzes entsprachen. Es wäre ja freilich viel besser gewesen, wenn hinsichtlich der Wahlurnen eine gesetzliche Bestimmung geschaffen worden wäre, wonach den einzelnen Gemeinden amtliche Wahlurnen geliefert würden. Jetzt bleibt den Gemeinde- und Ortsvorständen die Anschaffung der Wahlurnen überlassen, und noch so wohlgeleitete Anweisungen werden es nicht zu verhindern vermögen, daß nach wie vor Wahlurnen gebraucht werden, die das Wahlergebnis nicht völlig garantieren. Immerhin muß anerkannt werden, daß die Vorschriften des Ministers zur Vermeidung unregelmäßiger Wahlurnen an sich klar und zweifelsfrei waren. Und die Regierungspräsidenten haben die Anweisungen dem auch weitestgehend, und die Herren Landräte mußten sie in ihren Amtsblättern veröffentlichten. Erst der 12. Januar wird ja nun zeigen, ob nach der Anordnung von oben nur Wahlgänge von geringer Größe und von Verschleißbarkeit verwendet worden sind oder ob doch wieder die berühmten Suppenterrinen und Zigarrenstübe auf der Bildfläche erschienen, um die geheime Wahl illusorisch zu machen. Wir fürchten, die Akten der Wahlprüfungs-

Beuten das Wählen zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen.

Die konservativ-landrätliche Einfundungsbildung hinsichtlich der Herbeiführung „guter Wahlen“ hat aber auch auf andere Gebiete übergreifen. In einem früher nicht gekannten Umfange hat man Direktionsbesitzer und Amtsvorsteher zu Wahlvorstehern ernannt und ihre Privaträume als Wahllokal bestimmt. Auch hierdurch wird natürlich dem unabhängigen Wähler auf dem platten Lande die Abgabe eines oppositionellen Stimmzettels wesentlich erschwert. In der Verfügung des Ministers ist keine Anweisung enthalten, die diesem Umstand steuert. Es ist ja allerdings auch vom Minister nicht zu verlangen, daß er alle die Schwächen kennt und vorher verlegt, die sich die konservativen Wahlstrategen ausdenken konnten.

Eradezu wie eine Verdrängung, des ministeriellen Erlasses klingt es, wenn der Regierungspräsident zu Allenstein auf eine Beschwerde wegen der Vermehrung der Wahlbezirke in Lyd. der nationalliberalen Parteizentrale geantwortet hat, die Wahlbezirkseinteilung dabeilbst laufe den Direktiven des Herrn Ministers nicht zuwider, da die Geheimhaltung der Wahl eine zu geringe Zahl der Wähler nicht gefährdet erscheine. Die ministerielle Verfügung hatte, wie wir oben gesehen haben, genau das Gegenteil gesagt!

Die Konservativen sind es, die sich nicht genug tun können in der Betonung der Notwendigkeit der Regierungsaufklärung. Hier aber sehen wir, daß sie auf die Autorität der Regierung pfeifen, wenn ihnen deren Maßnahmen nicht in den Kram passen. An der Handhabung des Nichtsereingehes haben wir ja schon erlebt, wie zu nicht bestehende Gehege oftmals von den Verwaltungsbehörden falsch angewandt und ausgelegt werden, wenn es gilt, den oppositionellen Parteien ein Schnippen zu schlagen. Es ist charakteristisch, daß die preussische Regierung, die doch sonst ihre Autorität hoch einschätzen weiß, sich diese Mißachtung ihrer Anordnungen durch die nachgeordneten Behörden ruhig gefallen läßt. Hier findet eine Entfälscherung der Staatsautorität statt, die auch vom liberalen Standpunkt aus aus lebhafteste zu bedauern ist. Wenn das Ministerium nicht die strengsten Strafen verhängt über diejenigen Beamten, die demüßigt oder fahrlässig den Intentionen des Ministers und dem Sinne der Gesetze zuwiderhandeln, dann wird der unerträglich Zustand eben weiter dauern, daß viele Landräte Politik auf eigene Faust machen und sich um die Befehle des Ministers nicht kümmern, wenn es gegen die Liberalen geht. Minister, werde hart gegen den Landrat! — So möchte man ausrufen angesichts der Vorkommnisse, die wir in dieser Wahl-Kampagne erlebt haben.

Die Wahlparole des Kanzlers.

Die „Deutsche Tagesztg.“ hat in einer ihrer letzten Nummern endlich ein Wort der Kritik an der Wahlparole des Kanzlers gefunden. Sie vermißt in ihr eine Darlegung dessen, was „Deutschland der bisherigen Wirtschaftspolitik verbannt“, und ebenso einen Hinweis darauf, daß ein Reichstag, in dem die radikalen Parteien stärker vertreten sind als bisher, in der Frage des Schutzes der nationalen Arbeit nicht mehr als zuverlässig gelten könne. Mit anderen Worten: der Kanzler hätte die eine der drei Wahlversprechungen (Kredittlosenlosstellung) oder mindestens in der Abschwächung der „Kont. Kor.“ auch als Regierungseinstellung vertreten sollen. Aber auch die Sammlungsparole gegen die Sozialdemokratie mißfällt dem Agrarierorgan, weil sie zu allgemein gehalten ist. Herr v. Bethmann Hollweg hätte sagen müssen, wodurch die Regierung die „endliche Überwindung“ der Sozialdemokratie zu erreichen gedenke; denn dieses Ziel könnte doch kaum durch den Stimmzettel und die Sozialpolitik allein erreicht werden. Mit anderen Worten: der Kanzler hätte sich auch auf

die andere Stichwortebedingung, Ausnahmefreiheit gegen die Sozialdemokratie, legen sollen. Recht wohl tut der „Deutsche Tagesztg.“ auch der nüchternen Ton der Regierungserklärung. Sie schreibt:

„Die Massen des Volkes, auch in seinen gebildeten Schichten, können in ihrem politischen Tun nur entscheidend beeinflusst werden durch unmittelbare und eindeutige Worte und Hinweise, durch greifbare Ziele, durch eine jeden Zweifel ausschließende klare Stellungnahme und durch die Befundung eines entschlossenen Willens. Verlagt ihnen in ruhigen Zeiten in der Politik oft genug die nüchternere Überlegung, so noch viel mehr in Kampfszeiten, wie die jetzige es ist. Da regieren die Leidenschaften da bringen die bunten Instinkte zur Oberfläche! Wer in solchen Zeiten die Führung des Volkes übernehmen will, der gebraucht dazu Worte von Mark und Klang, die die Herzen entzünden und Psantasi und Willen lenken. Ob die Kundgebung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ dieser Notwendigkeit genügt, muß leider mehr als zweifelhaft bleiben!“

Der Reichsfiskus kann sich allerdings damit trösten, daß es noch keinem Kanzler gelungen ist, die nimmer-satteten Parazier zufriedenzustellen. Aber wir können ihm durchaus diesen Unkann. Er versichert immer, über den Parteien zu stehen, und hat sich doch Schritt für Schritt immer mehr dazu hindrängen lassen, zugunsten der Konservativen in den Wahlkampf einzugreifen.

Die Sozialdemokratie — die größte Kriegsgefahr!

Die Sozialdemokratie kann sich nicht genug um die selbstgefalligen Lobpreisungen ihrer Friedensliebe. Sie hält sich für die Kulturpartei schlechthin, die bereit ist, der Menschheit endlich die Schreden des Krieges zu nehmen und den ewigen Frieden zu beschaffen. Wir sehen hier ganz davon ab, daß der Gedanke eben zu schön ist, um jemals verwirklicht werden zu können, und wollen auch unbedürftlich lassen, daß die größten und folgerichtigsten Denker bei allen Völkern und zu allen Zeiten den ewigen Frieden als eine Utopie bezeichnen, und daß keiner von ihnen die idealen und kulturfördernden Momente leugnet, die der Krieg neben seinen Schreden in seinem Wandel trägt. Bleiben wir bei der Gegenwart und bei der Sorge der Sozialdemokratie um den Frieden. Wer Frieden ernten will, muß Frieden säen. Das dürfte eine zu seltsame richtige Forderung der Vorbedingung für den erhofften Erfolg sein. Tut das die Sozialdemokratie? Ist sie vie mehr nicht immer die Partei gewesen, die den verhängnisvollsten Kampf, die schärfste Zerstückelung in das eigene Volk getragen hat? Diese selbe Partei, die nur von Haß und Kampf lebt, will jetzt die Friedensschirmzweige spielen? Revolutionen und Kriege, mögen sie unmittelbar von der Partei nicht ausgehen, mittelbar sind sie alle und überall die Frucht der verheerenden sozialdemokratischen Lehre. Und gebt den Sabotage und Streik nicht mit hierher? Mit Entsetzen wird von jeder Seite immer geschludert, wie barbarisch es wäre, unwürdig eines Kulturvolkes, wenn sich Menschen, die einander nie gesehen haben, im Kriege gegenseitig zu töten versuchen. Eigentlich sollte dieser Vorwurf gerade heute im Zeitalter der allgemeinen Organisation keinen Kurzwert mehr besitzen. Wir haben uns doch längst gewöhnt, im wirtschaftlichen Kampfe nicht mehr den Einzelnen anzusehen und zu bekämpfen, sondern die Organisation. Wenn jetzt die großen Truste miteinander klingen, wirtschaftliche Existenzkämpfe auf Tod und Leben ausfechten, dann hilft jeder, der dem einen Trust angehört — bis zu dem letzten Laufburche in seinem Betriebe — an der Existenzvernichtung sämtlicher Mitglieder des anderen Trusts mit, die er auch noch nicht gesehen hat noch sieht. Und wenn heute die Riesenstreiks durchgeführt werden, wenn fragt

Reichstagskandidat der vereinigten Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Duerfurt ist

Gutsbesitzer William Koch-Unterfarnstedt